

**„Thüringen 19_19“: Demokratie stärken, demokratisches Lernen vorbereiten.
Ein tätiges Jubiläum der Weimarer Republik 2019**

– Thesenpapier –

Vorbemerkung

2019 wird der 100. Jahrestag der ersten Demokratie in Deutschland sein. Durch die Verabschiedung der Reichsverfassung in Weimar und die Namensgebung der Weimarer Republik ist Thüringen in besonderer Weise mit diesem Jubiläum verbunden.

Das Jubiläum ist Anlass dafür, die Demokratie- und Menschenrechtsbildung in Thüringen zu stärken. Durch die aktuellen Erkenntnisse über den gegen Vielfalt, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gerichteten NSU-Terror, die Gefährdungen der demokratischen Kultur durch den Rechtsextremismus, aber auch in Blick auf die demokratiefeindlichen Einstellungen und Haltungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft wird deutlich, dass die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und die Förderung demokratischer Werte, Haltungen und Handlungskompetenzen ein wichtiger Schwerpunkt, ja eigentlich der Dreh- und Angelpunkt von Bildungspraxis und Bildungspolitik in der demokratischen Gesellschaft sein müssen.

Eine besondere Bedeutung hat dabei sowohl die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als auch mit der DDR-Diktatur in ihrer Unterschiedlichkeit. Überdies ist – 25 Jahre nach der friedlichen Revolution – Thüringen noch immer eine junge Demokratie. Menschenrechte umfassend zu stärken und zu verwirklichen, Freiheit zu schützen, Verantwortung für die Vergangenheit zu übernehmen und sich aktiv für eine kritische Aufarbeitung der geschichtlichen Ereignisse einzusetzen, Solidarität zu zeigen und sich gegen autoritäre Traditionen zu wenden – das ist das gemeinsame Anliegen von Staat und Zivilgesellschaft.

Ziel

Das Jubiläum 2019 ist deshalb ein besonderer Anlass dafür, die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland umfassend zu würdigen und gleichzeitig über ihr Scheitern und dessen Gründe nachzudenken. In besonderer Weise dient das Projekt „Thüringen 19_19“ dazu, die modernen demokratischen Traditionen, die in der Weimarer Verfassung bis heute unbestritten angelegt worden sind, aufzugreifen sowie für die aktuelle Weiterentwicklung der Demokratie bewusst zu machen und zu nutzen. Eine besondere Rolle spielen hierbei das Bildungswesen und das Konzept engagierter demokratischer Bürgerinnen und Bürger.

Der Freistaat Thüringen steht zu seiner besonderen Verantwortung für eine positive und innovative Würdigung der Weimarer Verfassung ebenso wie dafür, demokratische Verhältnisse in Gegenwart und Zukunft zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Deshalb erwarten wir von unserer Landesregierung ein langfristiges Engagement für das Gedenkjahr 2019. Angesichts der bundesweiten Bedeutung des Jubiläums der Weimarer Republik muss sich der Freistaat auch für ein

bundesweites Engagement im Gedenkjahr 2019 einsetzen. Mit dem Projekt „Thüringen 19_19“ wollen wir gemeinsam zur Stärkung der Demokratie- und Menschenrechtsbildung beitragen. Das Land soll das Projekt finanziell und ideell unterstützen.

Unser Vorschlag

Über die notwendigen und zu erwartenden Gedenkveranstaltungen hinaus soll die Vorbereitung des Jubiläumsjahres 2019 mit der Stärkung der Demokratie- und Menschenrechtsbildung verbunden werden. Insbesondere sollen in den Kindertagesstätten, den Schulen und der außerschulischen Bildung langfristig wirksame und professionell abgesicherte Formen der Demokratie- und Menschenrechtsbildung etabliert werden.

Dazu brauchen Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen, pädagogische Einrichtungen und Gedenkstätten systematische Aus-, Fort- und Weiterbildung. Sie benötigen Formen der Entwicklung ihrer Lern- und Schulkultur sowie Unterstützung in Blick auf das Zusammenwirken von schulischer und außerschulischer Bildung.

Um dies exemplarisch und öffentlichkeitswirksam umzusetzen, werden bis 2019 in den Feldern des Thüringer Bildungswesens – Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen außerschulischer Bildung und Gedenkstätten – mindestens je 19 besondere Lernorte der Demokratie- und Menschenrechtsbildung dauerhaft qualifiziert und im Sinne der Programmziele hinreichend entwickelt.

Darüber hinaus werden die Initiativen, Institutionen und Mittel der Demokratie- und Menschenrechtsbildung innerhalb der Landesregierung enger als bislang organisatorisch, konzeptionell und inhaltlich koordiniert. Dabei sollen auch die zivilgesellschaftlichen Träger der Demokratie- und Menschenrechtsbildung gestärkt werden.

Grundsätze

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit: Deutschland bekennt sich im Grundgesetz zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, aber auch das aktuelle Zeitgeschehen zeigen uns die stetig wiederkehrenden Gefährdungen unserer Demokratie. Vor dem Hintergrund einer sich global vernetzenden Welt werden wir zugleich mit neuen Fragen und Herausforderungen konfrontiert, auf die auch die Demokratie nicht ohne weiteres eine Antwort hat. Eine lebendige Demokratie erfordert deshalb nicht nur demokratische Institutionen und ein plurales Parteiensystem, sondern auch eine vitale Zivilgesellschaft, deren bürgerschaftliches Engagement und deren prodemokratische Werthaltungen die Basis für Bestand und Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft sind. Demokratie ist nicht vererbbar und keine selbstverständliche oder natürliche Disposition des Menschseins. Vielmehr muss sie gelernt werden, von jeder Generation erneut – hier hat der demokratische Staat eine kontinuierliche und unaufschiebbare Aufgabe.

Demokratie muss gelernt und gelebt werden: Die Verwirklichung der Menschenrechte ist ohne Demokratie nicht denkbar. Eine punktuelle Förderung kann in Ihrer Wirkung Möglichkeiten aufzeigen und Anregung stiften. Wir wissen, dass die andauernde Förderung und kontinuierliche Entwicklung demokratischer Verhältnisse eine komplexe Herausforderung für Staat und Zivilgesellschaft bleibt.

Thüringen wird bunter werden: Unsere Bildungseinrichtungen stehen vor der Herausforderung, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihren Voraussetzungen und ihrer Herkunft umfassende Teilhabe an Bildung und Chancen für den größtmöglichen Bildungserfolg zu eröffnen. Auch die Zusammensetzung der Bevölkerung in unserem Bundesland wird sich stärker als bislang durch Zuwanderung verändern: Thüringen wird bunter werden!

Vielfalt in Bildung und Erziehung stärken: Interkulturelle und vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung als Querschnittsaufgabe verlangt angesichts begrenzter finanzieller Mittel von Kommunen und Land die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen und Unterstützersystemen. Um gleichberechtigte partizipative Teilhabe in Thüringen umfassend und alltagswirksam umzusetzen, müssen die interkulturellen Kompetenzen erst erworben und deshalb bei Kindern und Jugendlichen gefördert und stetig entfaltet werden.

Diskriminierung verhindern und Europa stärken: Bildungseinrichtungen und Lernorte müssen frei von offener und versteckter Diskriminierung sein und sich bewusst auf die soziale, kulturelle und sprachliche Vielfalt des Zusammenlebens in einem offenen Europa von heute ausrichten. Verschiedenheit als Chance für Alle gelingt nur in einer gelebten demokratischen Kultur, die mit Heterogenität auf der Basis gleicher Rechte umzugehen weiß. Hierfür ist die Fortentwicklung und Anwendung von pädagogischen Konzepten notwendig, die bisher in Thüringen noch nicht hinreichend Resonanz gefunden haben: Rassismuskritische Bildungsarbeit, Prävention gegen Antisemitismus und Antiziganismus, interkulturelle und transkulturelle Bildung sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – aktuelle Stichworte.

Demokratie- und Menschenrechtsbildung ist Aufgabe und Voraussetzung institutioneller Erziehung: Innovative Formen des Demokratielernens und der politischen Bildung kennzeichnen wichtige Aufgaben in Schule und Jugendbildung. Dass beides – die demokratische Erfahrungsqualität in pädagogischen Institutionen und das fachliche Lernen von Politik und Demokratie – notwendig ist, ist heute unbestritten. Die entsprechende pädagogische Praxis bleibt derzeit dennoch punktuell und in ihrer Tiefe unterschiedlich ausdifferenziert, weil sie von der Gestaltungs- und Impulskraft einzelner Pädagoginnen und Pädagogen sowie Schulen und Bildungseinrichtungen abhängt.

Demokratie- und Menschenrechtsbildung von Anfang an: Demokratische Einstellungen entwickeln Kinder und Jugendliche besonders durch persönliche Erfahrung und ihr eigenes Handeln. Die Grundlagen werden bereits in den ersten Lebensphasen gelegt. Beteiligung, Verantwortung und Solidarität müssen deshalb früh und in möglichst vielen Lebenszusammenhängen erlernt und erfahren werden.

Gute Praxis sichtbar machen: Demokratische Bildung und Demokratiepädagogik verfügen im Elementar-, Primar- und Sekundarschulwesen über eine Fülle interessanter Erfahrungen, Ansätze und gut begründeter Konzepte, die auch vielerorts in Thüringen als substanzielle Teile „gelebter Demokratie“ sichtbar sind. In Kindertagesstätten, Schulen und an außerschulischen Lernorten gibt es viele Fachkräfte, die in Ihrer täglichen Arbeit demokratische Werte wie Zugehörigkeit, Anerkennung,

Mitwirkung und Verantwortung leben und engagiert weitervermitteln. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag für den Fortbestand und Weiterentwicklung unserer Demokratie. Diese Ansätze wollen wir stärken.

Aus der Geschichte lernen: Begegnungen mit der Vergangenheit sind in der vielfältigen Geschichtslandschaft in Thüringen an zahlreichen Orten möglich. Wichtige Partner dabei sind, Gedenk- und Begegnungsstätten, Museen, Archive, Stiftungen, historische Vereine und Verbände. Die Bedeutung und der Stellenwert der Thüringer Gedenkstätten und Erinnerungsorte werden international anerkannt. Gleichwohl besteht die Gefahr der fachlichen „Verinselung“ solcher Lernorte, denn eine zunehmende Distanz zwischen den gedenkstättenpädagogischen Diskursen und dem pädagogischen Alltag im Thüringer Bildungswesen ist durchaus zu beobachten.

Innovative Gedenkstättenpädagogik entwickeln: Die Gedenkstätten sind mit neuen, heterogenen Lerngruppen konfrontiert, die innovative Angebote auf Basis neuer didaktischer und pädagogischer Konzepte benötigen. Dabei kann und sollte Erinnerung nicht einfach tradiert werden. Erinnerung alleine garantiert keine demokratische und menschenrechtsbezogene Wertebildung. Gerade im Hinblick auf das Scheitern der Weimarer Republik muss vielmehr in den Gedenkstätten und in den Schulen eine gegenwartsbezogene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit gefördert werden. Eine intensive Zusammenarbeit von formaler und nonformaler Bildung stärkt die gemeinsame Verantwortung, die sich aus der Geschichte ergibt und auf ein „reflexives Geschichtsbewusstsein“ zielt. Die Gedenkstätten stehen durch den Generationenwandel und den Verlust der Zeitzeugen zum NS vor der Aufgabe, neue innovative Zugänge für ein historisch-demokratisches Lernen in einer heterogenen Gesellschaft zu entwickeln.

Menschenrechts- und Demokratiebildung braucht engagierte Pädagogen und Pädagoginnen: Demokratielernen und Menschenrechtsbildung gehören formal gesehen zum Kernbereich des Bildungs- und Erziehungsauftrages und sind sowohl in der Thüringer Landesverfassung als auch im Schulgesetz als oberste Bildungsziele fixiert. Allein dies ist nicht ausreichend: Es braucht die Haltung und das Engagement eines jeden Einzelnen, damit Demokratie im Alltag erfahren und gelebt werden kann. Bildungseinrichtungen müssen daher einen maßgeblichen Beitrag für eine entsprechende Entwicklung leisten.

Demokratiebildung braucht Unterstützung bei der Professionalisierung pädagogischer Fachkräfte sowie der Lehrerinnen und Lehrer: Aktuelle Ereignisse zeigen uns beständig, dass es strukturelle und inhaltliche Defizite in der Demokratievermittlung und in der Aus-, Weiter- und Fortbildung der pädagogischen Fachkräfte sowie der Lehrkräfte gibt. Umso bedeutsamer ist es, „gute Praxis“ in Thüringen aufzuzeigen, deren Gelingensbedingungen sichtbar werden zu lassen und über die Initiative Einzelner hinaus zu verstetigen.

Demokratie- und Menschenrechtsbildung benötigt staatliche Förderung und Innovation: Nicht zuletzt aufgrund der „Kulturhoheit der Länder“, aber auch weil die Themen Demokratielernen und politische Bildung zu sensibel sind, um alleine privaten Akteuren oder parteipolitischen Interessen überlassen zu werden, muss die Landespolitik hier aktiv und innovativ bleiben. Der Freistaat Thüringen muss also das Bildungswesen und die Wissenschaft bei der Entwicklung und Stabilisierung von Demokratielernen und politischer Bildung umfangreich sowie dauerhaft fördern und unterstützen.

Wissenschaft nutzen, Erkenntnisse praktisch umsetzen, Transfer ermöglichen: Der Thüringen-Monitor dokumentiert seit dem Jahr 2000 die beunruhigende und weite Verbreitung antidemokratischer und diskriminierender Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung. Die zurückgegangene Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen zeigt die Krise der demokratischen Repräsentation. Das „soziale Gesicht“ der Wahlenthaltung verweist darauf, dass politische Apathie und Hoffnungslosigkeit gerade in jenen sozialen Milieus zunimmt, die einst die Weimarer Republik mit erkämpft haben. Entsprechende sozialwissenschaftliche Forschungen müssen gestärkt, ihre Erkenntnisse praxiswirksam werden.

Schlussbemerkung

Für die Bildungseinrichtungen in Thüringen bedeutet dies: Demokratielernen ist Grundprinzip in allen Bereichen ihrer pädagogischen Arbeit – in den Kindertagesstätten, der außerschulischen Jugendbildung und den Gedenkstätten sowie in der Schule.

Gerade die Schule ist Handlungsfeld gelebter Demokratie, in dem die Würde des Anderen großgeschrieben, Toleranz gegenüber anderen Menschen und Meinungen geübt, für Zivilcourage eingetreten wird sowie Regeln eingehalten und Konflikte gewaltfrei gelöst werden. Demokratieerziehung in Kindertagesstätten, Schulen und Jugendeinrichtungen ist Aufgabe aller Fächer, aller Wissensbereiche und aller pädagogischen Handlungsfelder.

In jedem Fach wie auch außerhalb des Unterrichts in den Schulen, im Lernen und Leben in den Kindertagesstätten sowie in der pädagogischen Arbeit im außerschulischen Bereich sowie in den Gedenkstätten geht es darum, die Verantwortungsübernahme durch Kinder und Jugendliche sowie durch Schülerinnen und Schüler sowohl zu fordern als auch zu fördern und sie damit zugleich beim Aufbau persönlicher und sozialer Kompetenz zu unterstützen: Nur dann wird es gelingen, den demokratischen Geist der Weimarer Verfassung von 1919 mit der demokratischen Praxis und Lebensqualität in Thüringen 2019 produktiv und demokratieförderlich zu verbinden.

Ulrich Ballhausen, Vorsitzender des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V.

Ralf-Uwe Beck, Mehr Demokratie e.V., Landesverband Thüringen

Dr. Wolfgang Beutel, Förderprogramm Demokratisch Handeln, Jena

Marina Chernivsky, Programmleitung des Projekts „Perspektivwechsel Plus“ und "Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment" / Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Berlin

Prof. Dr. Michael Dreyer, MD, Vorsitzender des Vereins Weimarer Republik e.V.

Prof. Dr. Wolfgang Edelstein, Dir. em. des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Berlin

Kurt Edler, Vorsitzender der Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik

Prof. Dr. Peter Fauser, Vorsitzender der IMAGINATA e.V., Jena

Arila Feurich, Wettbewerb 'Förderprogramm Demokratisches Handeln', Jena

Mario Förster, KOMREX/Aktionsplan Demokratiebildung Thüringen der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Wolfgang Frindte, Institut für Kommunikationswissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Michael Haspel, Direktor der Ev. Akademie Thüringen, Neudietendorf

Moriz Hoffmann-Axthelm, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Leitung der Regionalstelle Thüringen, Jena

Konstanze Ilmer, Landeskoordination Thüringen 'Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage', EJBW, Weimar

Jürgen Junker, Leiter des Programms Politische Bildung und demokratische Erziehung, Evangelische Schulstiftung der EKM

Prof. Dr. Volkhard Knigge, Stiftungsdirektor der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora

Prof. Dr. Dirk Lange, Direktor des Instituts für Didaktik der Demokratie, Leibniz Universität Hannover

Christian-Friedrich Lohe, Bildungsreferent in der Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Prof. Dr. Michael May, Professor für Didaktik der Politik, Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Janine Patz, Bildungswerk BLITZ e.V. / KoKont Jena

Josefine Pfletscher, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Koordinierungsstelle für Schülerfirmen in Thüringen, Jena

Peter Reif-Spirek, stellv. Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt

Thomas Ritschel, Vorsitzender Weimar-Jena-Akademie, Verein für Bildung e.V., Weimar

Uwe Roßbach, Geschäftsführer Arbeit und Leben Thüringen

Stephan Schack, Trainer, Berater & Coach für Demokratie, Interkultur, Partizipation, Naumburg (Saale)

Jana Scheuring, Bildungsreferentin des Projekts „Perspektivwechsel Plus“ / Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, Berlin

Annika Schreiter, Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, Neudietendorf

Kathrin Schuchardt, freie Demokratiepädagogin, Weimar

Michaela Seitz, Demokratie gewinnt! Ein Projekt der Diakonie Mitteldeutschland, Halle

Dr. Justus H. Ulbricht, stellv. Vorsitzender der Weimar- Jena-Akademie

Ingo Wachtmeister, Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien (Thillm), Bad Berka

Oberkirchenrat Christhard Wagner, Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen

Peer Wiechmann, Geschäftsführer cultures interactive e.V., Weimar/Berlin

Prof. Dr. Christine Wiezorek, Institut für Erziehungswissenschaft, Justus-Liebig-Universität Gießen

Sandro Witt, Vorsitzender Landesvertretung DGB Thüringen

Dr. Peter Wurschi, Stiftung Ettersberg Weimar/Erfurt

Stephan Zänker, Geschäftsführer des Vereins Weimarer Republik e.V.